

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

BEITRÄGE

WILFRIED HOSEMANN

Soziale Arbeit und Moderne –
Plädoyer für eine konfliktfähige
Profession (S. 3-21)

Wilfried Hosemann

Soziale Arbeit und Moderne – Plädoyer für eine konfliktfähige Profession

Die Entwicklung der Sozialen Arbeit und sozialpolitischer Gesetze ist eng mit der Etablierung von sozialen Bürgerrechten im Verlauf des 20. Jahrhunderts verbunden. Aktuell beobachten wir ein Wiederaufbrechen von Konflikten zwischen Kapital und Arbeit, die durch soziale Rechte und dem darauf ruhenden sozialstaatlichen Arrangement als befriedet galten. Die Auseinandersetzungen mit sozialen Ungleichheiten und den Entwicklungslinien der kapitalistischen Volkswirtschaften bilden hierfür die zentralen Ausgangspunkte¹. Uns interessiert, welche Folgen und Konflikte sich daraus für die Soziale Arbeit als Profession ergeben, da sie ihre politisch und rechtlich verankerte Existenz gerade dem Aufstieg des Sozialstaates verdankt.²

1 Ziel der Ausführungen

Thomas Marshall hat darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der modernen Staatsbürgerschaft bis zur Hochindustrialisierung keinerlei Einflüsse auf soziale Klassengegensätze zeitigte. Weder die bürgerlichen Rechte (im Sinne von Vertragsfreiheit, Garantie des Privateigentums oder der Gleichheit vor dem Gesetz) noch die politischen Rechte milderten die tiefen Gegensätze zwischen Kapitalbesitzern und Arbeitern. Erst im Zuge massiver sozialer Auseinandersetzungen während der Hochindustrialisierung begann ein Prozess der Institutionalisierung sozialer Rechte, der dem Bürgerstatus

»eine ganze Reihe von Rechten, vom Recht auf ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Wohlfahrt und Sicherheit über das Recht an einem vollen Anteil am gesellschaftlichen Erbe bis hin zum Recht auf

ein Leben als zivilisiertes Wesen entsprechend der gesellschaftlich vorherrschenden Standards« (Marshall, 1992: 40) hinzufügte.

Die sozialen Bürgerrechte bewirken eine Konfliktreduktion zwischen Arbeit und Kapital. Sie sind Ausdruck einer *prekären Balance* (Merkel, 2015: 187) zwischen einer auf Ungleichheit basierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der Gestaltungskraft einer auf Gleichheit bezogenen demokratischen Gesellschaftsordnung, wobei *»aus demokratietheoretischer Perspektive ist die Wirtschaft den Entscheidungen der sich selbst regierenden Gemeinschaft unterzuordnen.«* (ebd.). Nun wird an vielen Stellen beklagt, dass sich diese Balance seit den 1980er Jahren einseitig zugunsten des Kapitalismus verschoben hat (z.B. Streeck, 2013) und die Demokratien durch interne Strukturprobleme und einer Unterminierung durch ökonomische Direktiven an Gestaltungskraft verlieren. Grundsätzlich bleibt

Wieder auf-
brechende
Grund-
konflikte

1 Unter dem Begriff der ›regressiven Modernisierung‹ fasst Oliver Nachtwey (2016) aktuelle soziale Wandlungsprozesse zusammen, die *»hinter ein während der sozialen Moderne bereits erreichtes Niveau an Integration«* zurückführen (ebd.: 75).

2 Der Artikel beruht auf einem gemeinsamen Vortrag mit Jens Wurtzbacher auf dem Jahreskongress der DGSSA 2015, seinen direkten Beiträgen und vielen wertvollen Diskussionen mit ihm.